



**CDU** RATSFRAKTION DER  
STADT OSNABRÜCK

**Alexander Illenseer**  
**Fraktionsgeschäftsführung**

Telefon (0541) 323-4300  
Telefax (0541) 27217  
Mobil: (01525) 3232004

[illenseer.a@osnabrueck.de](mailto:illenseer.a@osnabrueck.de)  
[www.cdu-osnabrueck.de](http://www.cdu-osnabrueck.de)

**Pressemitteilung**  
**Nummer 11/2011**

15. Februar 2011

## Auswirkungen auch auf Osnabrück

### **SPD-Blockade bei Hartz-IV-Reform schadet Hilfeempfängern und Kommunen**

**Osnabrück.** Angesichts der Entscheidung des Bundesrates, wegen der Hartz-IV-Reform erneut den Vermittlungsausschuss anzurufen, hat die Abgeordnete der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Anette Meyer zu Strohen, das Verhalten der SPD deutlich kritisiert: „Nachdem die SPD mit der Überfrachtung der Verhandlungen dafür gesorgt hatte, dass diese am Mittwoch ergebnislos endeten, versucht sie jetzt eine Kehrtwende hinzulegen.“

Meyer zu Strohen sagte: „Herr Gabriel mag zwar im Bundestag behaupten, die Abstimmung zum vorliegenden Reform-Paket hätten CDU/CSU und FDP verloren – in der Sache irrt er jedoch: Richtig ist, dass Kommunen und Hilfeempfänger – auch in Niedersachsen – durch die Blockadehaltung massive finanzielle Erleichterungen entgehen.“ Pro Jahr wären dies bundesweit etwa 4 Milliarden Euro für die zuständigen Kreise und kreisfreien Städte, so Meyer zu Strohen. Für die niedersächsischen Landkreise geht es um wenigstens 335 Millionen Euro Entlastung pro Jahr. Davon entfallen allein auf Osnabrück-Stadt 12.640.287 Euro.

Unter der Haltung der SPD litten neben den Kommunen vor allem aber die Hilfeempfänger, die weiterhin auf die Erhöhung der Regelsätze warten mussten, wie Eva-Maria Westermann (CDU), Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Osnabrück, sagte. „Wir appellieren nachdrücklich an die SPD, die anstehenden Gespräche nicht weiterhin wahltaktisch zu missbrauchen. Die Verhandlungen müssen zügig abgeschlossen werden, damit die positiven Auswirkungen der Reform möglichst bald spürbar werden.“